

**INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR**

# BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

3.Jg. - Januar 1979

Deutsche Ausgabe Nr.3

Preis : 1,50 DM

Jahresabonnement : 15,00 DM

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

## KRIEGSRECHT IN DER TÜRKEI: MASSNAHME ZUR EINDÄMMUNG DER FASCHISTISCHEN ESKALATION ODER SCHRITT IN RICHTUNG MILITARHERRSCHAFT ?

Ankara (ITA) - Weil die Regierung Ecevit die von blutigen Ausschreitungen gekennzeichnete Situation im Südosten der Türkei nicht mehr unter Kontrolle halten konnte, rief sie das Militär zur Hilfe und verhängte in 13 türkischen Provinzen das Kriegsrecht.

Die Entscheidung fiel nach einem Massaker in Kahramanmaras, das 107 Todesopfer forderte.

Das über die Stadtregionen Istanbul und Ankara sowie elf "gefährdete" östliche Provinzen verhängte Kriegsrecht bedeutet Ausgangssperre wo nötig, Pressezensur, Verbot von Streiks, Massendemonstrationen und Kundgebungen, die Einrichtung von Militärgerichten mit Zuständigkeit für "Verbrechen gegen den Staat", die Einschränkung rechtlicher Bestimmungen für Hausdurchsuchungen und Personenfestnahmen mit der Möglichkeit, Verdächtige bis zu einer Woche in Gewahrsam zu nehmen, ohne sie einem Richter vorzuführen.

Es war die Entscheidung des sozialdemokratischen Premierministers Bülent Ecevit, eines Politikers, dem dabei völlig klar war, daß dieser Schritt seiner tiefsten politischen Überzeugung zuwider lief.

Die türkische Presse berichtete, daß die Militärs von Ecevit klar formulierte "Machtbefugnisse" verlangt hatten, als dieser um mehr Truppen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im verwüsteten Kahramanmaras bat, so daß das Kriegsrecht unvermeidbar wurde.

Berichten zufolge kam es zu starkem Widerstand gegen diese Entscheidung in der Parlamentsfraktion der Republikanischen Volkspartei (CHP).

Ecevit mußte in einer Rede vor der Fraktion eingestehen, daß seine Entscheidung für das Kriegsrecht seiner früher geäußerten Meinung widersprach.

Es bezeichnete die Ereignisse in Kahramanmaras als einen "direkten Aufstand gegen den Staat", eine außergewöhnliche Situation, die auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordere. Die zivilen Sicherheitskräfte seien weder zahlenmäßig, noch was ihre Ausrüstung und Ausbildung angeht, für den Einsatz in einer solch ernststen Krisensituation geeignet, andererseits entstünde eine gefährliche Rechtsunsicherheit über die tatsächlichen Machtbefugnisse des Militärs, wenn große Truppenverbände ohne die ausdrückliche Verhängung des Kriegsrechts in das Gebiet einrückten, erklärte Ecevit.

Nach der türkischen Verfassung kann das Kriegsrecht jeweils für zwei Monate verhängt werden; es bedarf zu Beginn und bei jeder späteren Verlängerung der Zustimmung des Parlaments.

Kriegsrecht: das Resultat von gezielten Provokationen

Das Massaker von Kahramanmaras war nur das letzte Glied einer Kette Kette blutiger Provokationen faschistischer Kräfte in der Türkei, die das Ziel hatten, die Regierung zur Verhängung des Kriegsrechts zu zwingen. Ohne Namen zu nennen, machte Ecevit dafür diejenigen verantwortlich, "die die türkische Jugend indoktrinieren, für den Völkermord ausbilden und religiöse Rivalitäten provozieren". Dies kann als ein verschleierter Hinweis auf die neofaschistische Partei der Nationalen Bewegung des es Ex-Oberst Alparsan Türkes gewertet werden, die für die Organisation und Bewaffnung der rechtsgerichteten Kampfeinheiten namens "Graue Wölfe" verantwortlich ist.

Die Ereignisse in Kahramanmaras begannen als ein scheinbar religiöser Konflikt zwischen Aleviten (schiitische Moslems) und Sunniten, wobei die rechtsgerichteten Sunniten nach Berichten die Aggressoren waren.

Die Unruhen begannen nach dem Mord an zwei linksgerichteten Lehrern durch unbekannt Täter. Die Beerdigungszeremonie wurde von rechtsgerichteten Gruppen in der Stadtmoschee gestört; unter Rufen wie "Moslem-Türkei" und "Tod den Kommunisten" töteten sie drei weitere Personen, 39 wurden verletzt.

Am Samstag, den 23. Dezember 1978 zogen trotz einer über die Stadt verhängten Ausgangssperre einige tausend rechtsgerichtete Provokateure durch die Stadt, sie plünderten und legten Feuer in den Büros fortschrittlicher Parteien, Geschäften und Privathäusern.

Die meisten Opfer wurden mit Fernkampf-Gewehren oder Schwertern getötet. Die Provokateure überfielen auch das staatliche Krankenhaus und Krankenwagen mit Verwundeten. Selbst der Wagen des Gesundheitsministers Meta Tan geriet unter Beschuß.

Presseberichten zufolge waren viele Mitglieder dieser randalierenden Massen maskiert; ihr Anführer war Yusef Özbas, Vertreter der neo-faschistischen Partei der Nationalen Bewegung. Die "Grauen Wölfe" stifteten die Sunniten an, Aleviten und Linke zu töten.

Es ist bezeichnend, daß der ehemalige Ex-General Faik Türün, ein Vertreter der Gerechtigkeitspartei und einer der ehemaligen Leiter der berüchtigten Anti-Guerilla Organisation, der dieses Gebiet nur eine Woche zuvor besucht hatte.

Vor und während der Vorfälle hatten Ex-Oberst Türkes und Ex-Premierminister Demirel ununterbrochen die Verhängung des Kriegsrechts und den Sturz der Regierung Ecevit noch vor Ende des Jahres 1978 gefordert.

30 von 70 Jahren unter Kriegsrecht

Die Verhängung des Kriegsrechts ist von jeher das wirksamste Mittel gewesen, demokratische Rechte außer Kraft zu setzen und gab stets der Bourgeoisie und den Rechtskräften die Möglichkeit einer Regierungspolitik gegen die Interessen der Arbeiterklasse und progressiver Kräfte.

Tatsächlich stand die Türkei in den 70 Jahren seit der bürgerlichen Revolution (1908) 30 Jahre unter Kriegsrecht:

Jahr	Dauer (Jahr/Monat/Tag)	Vorwand
1909 - 1912	3 Jahre, 2 Mon., 2 Tage	Religiöser Aufstand
1912	42 Tage	Regierungsfeindliche Aktivitäten
1912 - 1919	7 Jahre 17 Tage	Balkankriege und 1. Weltkrieg
1920 - 1922	2 Jahre, 6 Mon., 19 Tage	Von den Besatzungsmächten verhängt
1925 - 1927	2 Jahre, 8 Mon., 26 Tage	Aufstand im östlichen Anatolien
1940 - 1948	7 Jahre, 1 Mon., 11 Tage	2. Weltkrieg
1955 - 1956	8 Mon.	Anti-griechische Unruhen in Istanbul
1960 - 1961	1 Jahr, 1 Mon., 2 Tage	Militärischer Staatsstreich
1963 - 1964	1 Jahr, 1 Mon., 28 Tage	Militärischer Aufstand
1970	3 Mon.	Arbeiterwiderstand
1971 - 1973	2 Jahre, 3 Mon.	Militär Intervention
1974 - 1975	1 Jahr, 11 Tage	Zypernfeldzug

Während dieser Perioden des Kriegsrechts wurden stets nur die fortschrittlichen Kräfte unterdrückt: sozialistische Organisationen und Publikationen wurden verboten, tausende fortschrittlicher Bürger wurden verhaftet, gefoltert, vor Gericht gestellt und im Namen der "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" verurteilt. Das letzte Beispiel dieser Praktiken war die Zeit des Kriegsrechts nach der Militärintervention vom 12. März 1971.

In der Hoffnung, daß sich ähnliche s wiederholen würde, war Ex-Oberst Türkes nicht mit der Verhängung des Kriegsrechts über nur 13 Provinzen zufrieden; er forderte vielmehr die Militärrherrschaft auch in sieben weiteren Provinzen, die er für "linke Hochburgen" hält.

Doch Premierminister Ecevit erklärte nach der Verhängung des Kriegsrechts sogleich daß dieser Ausnahmezustand sich von denen der Vergangenheit unterscheiden werde. Als einen ersten Schritt richtete er im Premierministerium eine "Kriegsrechts-Koordinierungsstelle" ein, die für Zusammenarbeit und Einheitlichkeit unter den einzelnen Militärkommandos zu sorgen hat. Um die militärischen Führer unter politische Kontrolle zu halten, will der Premierminister täglich mit dem Staatschef General Kenan Evren und dem Leiter der "Koordinierungsstelle" General Sahap Yardimoglu zusammentreffen, um die Kriegsrechtoperationen zu überwachen. Einmal wöchentlich, montags, soll dieses Treffen um die wichtigsten Kabinettsminister und weitere militärische Führer erweitert werden.

Hinzu kommt, daß die Militärrichter, die in der dem 12. März 1971 gefolgte Kriegsrechtsphase für die Verurteilung fortschrittlicher Bürger verantwortlich waren, nicht in die neuen Militärgerichtshöfe berufen worden sind.

#### Die neofaschistische Partei attackiert die Regierung und ermuntert das Militär

Es wird deutlich, daß Ecevit die Einmischung des Militärs in rein zivile Angelegenheiten verhindern will. Der Premierminister ist gegen restriktive Maßnahmen wie nächtliche Ausgangssperre, wenn es keine eindeutige Notwendigkeit gibt.

Diese Politik wurde sofort von der neofaschistischen Partei und anderen rechtsgerichteten Gruppen, die gehofft hatten, daß das Militär nunmehr alles kontrolliere, scharf attackiert. Ex-Oberst Türkes warf der Regierung Ecevit vor, sich in militärische Angelegenheiten einzumischen. Gleichzeitig ermunterte der Führer der oppositionellen Gerechtigkeitspartei Süleyman Demirel, das Militär, indem er erklärte: "Wenn der Premierminister vorhat, alle Operationen unter dem Kriegsrecht persönlich zu leiten, dann wird er bald matt gesetzt. Unser Vertrauen gilt nicht dieser Regierung sondern den Streitkräften. Ecevit soll die erfahrenen Generale die Sache machen lassen."

Trotz dieser Angriffe haben die Kriegsrechtskommandanten bis jetzt akzeptiert, unter der politischen Aufsicht des Premierministers zu operieren.

Allerdings führte das Kriegsrecht in den ersten drei Wochen noch nicht zu wirksamen Maßnahmen gegen die faschistischen Kräfte, die die Welle der politischen Gewalt in der Türkei provoziert hatten. Trotz der Verhaftung von 21 Personen, die an dem Massaker von Kahramanmaraş teilgenommen hatten, sind weiterhin viele Graue Wölfe auf freiem Fuß.

Im Gegenteil, es kam sogar zu einigen repressiven Maßnahmen gegen linksgerichtete Kreise:

- Am 28.12.78 wurden 32 Personen in Istanbul in Gewahrsam genommen.
- Am 15.1.79 verbot das Kriegsrechtskommando von Istanbul die Verbreitung von vier linken Magazinen: Kurtulus, Halkin Kurtulusu, Halkin Yolu und Halkin Birligi.
- Am gleichen Tag wurden der Chef der Nachrichtenabteilung der türkischen Radio- und Fernsehgesellschaft Teoman Karalun und die Redakteure Selim Esen und Ali Kirca in Haft genommen, weil sie eine Ankündigung des Kriegsrechtskommandos nicht veröffentlicht hatten.
- In Adana wurden zwei fortschrittliche Vereinigungen, der Kulturklub von Karsiyaka und der Volksklub für Unabhängigkeit, vom Kriegsrechtskommando verboten.
- Am 17. Januar 1979 standen zwei fortschrittliche Jugendliche, Dursun Isik und Hasan Bölükbasi, in Istanbul vor einem Militärgericht des Kriegsrechtskommandos.

In den östlichen Provinzen sind alle politischen Versammlungen sowie Streiks ohne vorherige Genehmigung des Kriegsrechtskommandos verboten.

Spannungen in Ecevit's Partei

Ecevit kommentierte die Verhängung des Kriegsrechts über 13 Provinzen als einen Erfolg, der "zu einer allmählichen Entspannung der Atmosphäre und zu einem Rückgang der politischen Gewalttaten führen" wird.

Man kann jedoch solange nicht von einem dauerhaften Frieden in der Türkei sprechen, wie nicht die Verursacher der politischen Gewalt ausgeschaltet sind: die Anti-Guerilla Organisation und die Partei der Nationalen Bewegung.

Die Stellung der Anti-Guerilla Organisation wurde durch die Verhängung des Kriegsrechts eher gestärkt, da die große Mehrheit der für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verantwortlichen Kommandeure in den 13 Provinzen von dieser Organisation ausgebildete Offiziere sind.

Obwohl sich dieser Ausnahmezustand offensichtlich von den vorausgegangenen unterscheidet, besteht die Partei der Nationalen Bewegung darauf, das vom Kriegsrecht betroffene Gebiet auszuweiten, und sie ermuntert das Militär zu Handlungen, die den vom Premierminister gegebenen Spielraum überschreiten.

Die Oberkommandeure der Streitkräfte, die gegenwärtig die Anweisungen des Premierministers zu befolgen scheinen, verfolgen eine Politik des Abwartens. Sie beobachten gewissenhaft die innen- und außenpolitische Entwicklung, um danach ihre letztliche Haltung auszurichten.

Obwohl der mit einer Mehrheit von 16 Stimmen abgelehnte parlamentarische Mißtrauensantrag gegen die Regierung die "starke Stellung" des Kabinetts verdeutlicht, ist es in den letzten Tagen in Ecevit's eigener Partei zu starken inneren Spannungen gekommen. Zwei wichtige Minister, Irfan Özaydinli (Inneres) und Hasan Esat Isik (Verteidigung) sind zurückgetreten. Weitere Rücktritte sind zu erwarten. Unklar ist auch die Haltung von zehn unabhängigen Abgeordneten, die die Regierung Ecevit anfänglich unterstützt hatten.

Das Schicksal der Regierung hängt ebenfalls davon ab, in welchem Umfang die Türkei von den westlichen Staaten Finanz- und Wirtschaftshilfe erhalten wird.

Im Falle einer Regierungskrise wird das Militär ohne Zweifel die Rolle eines Schiedsrichters einnehmen. Da es derzeit allerdings keine echte parlamentarische Alternative zur gegenwärtigen Regierung gibt, kann diese Schiedsrichterrolle zu einer Militärherrschaft über mehrere Jahre führen. Eine solche Möglichkeit wird die Unterstützung der neofaschistischen und konservativen politischen Kreise finden.

Daher scheint das Kriegsrecht in der Türkei eher ein Schritt in Richtung auf Militärherrschaft als eine Maßnahme zur Eindämmung der faschistischen Eskalation zu sein. Als Ecevit das Kriegsrecht anordnete, spielte er mit dem Feuer.

(DG - 19/1)

DIE GRAUEN WÖLFE ÄNDERN IHRE TAKTIK

Ankara (ITA) - Mit der Verhängung des Kriegsrechts hat die neofaschistische Partei offensichtlich eines ihrer Ziele erreicht. Nun versucht die Partei der Nationalen Bewegung, das Militär gegen die Einrichtung der Kriegsrechts-Koordinationsstelle unter der Kontrolle des Premierministers zu beeinflussen. Gleichzeitig bemüht sie sich mit allen Mitteln den Eindruck zu erwecken, den militärischen Kommandos behilflich zu sein.

Als erstes verkündeten die Idealistenklubs, eine Nebenorganisation der neofaschistischen Partei, daß sie ihre Aktivitäten eingestellt hätten, um die Durchführung der Kriegsrechtsbestimmungen zu vereinfachen.

Tatsächlich ist dies ein Manöver, um der Gefahr zu entgehen, von den Militärkommandos selbst verboten zu werden, denn das Beweismaterial über kriminelle Delikte der Grauen Wölfe ist so erdrückend, daß es für jedes Militärgericht schwer wäre, eine weitere öffentliche Arbeit dieser Idealistenklubs zuzulassen.

Andererseits fliehen alle in Terrorakte verwickelten und identifizierten Grauen Wölfe unverzüglich nach Zypern oder in europäische Länder. Fluchtmöglichkeiten werden ihnen von der Anti-Guerilla Abteilung des Generalstabshauptquartiers der türkischen Streitkräfte gewährt.

Einige extrem rechtsgerichtete westdeutsche Rechtsanwälte geben ihnen Rechts-hilfe, damit sie als politische Flüchtlinge in der Bundesrepublik rechtmäßig anerkannt werden.

Zwei dieser Rechtsanwälte sind nach Berichten türkischer Zeitungen die Herren Beckmann und Volker aus Hannover. Jeder Graue Wolf, dem die Flucht aus der Türkei gelingt, wird zunächst vom örtlichen Idealistenklub in der Bundesrepublik empfangen und dann an diese beiden Rechtsanwälte verwiesen.

Die Polizei von Hannover erklärte, daß allein in den letzten Monaten 150 Personen türkischer Nationalität die Gewährung politischen Asyls beantragt haben.

Was die Partei der Nationalen Bewegung angeht, so gibt es auch hier genügend Beweismaterial, um diese neofaschistische Organisation verbieten zu können. So haben insbesondere die von der Polizei festgenommenen Grauen Wölfe ausgesagt, daß sie politische Morde auf Anordnung ihrer Parteivorgesetzten hin ausgeführt hätten.

Ein kürzliches Beispiel: Um sich aus der Verantwortung für das Massaker in Kahramanmaraş herauszureden, behaupteten die Führer der neofaschistischen Partei unmittelbar nach dem Blutbad, die Vorfälle seien durch Linke provoziert worden, die in einem Kino, in dem ein antikommunistischer Film gezeigt wurde, eine Bombe gelegt hätten. Aber am 16. Januar 1979 gestand der Graue Wolf Ökkes Kenger, der wegen Teilnahme an den Ausschreitungen verhaftet worden war, daß er selbst mit einigen Freunden die Bombe gelegt hatte, um die Sunniten gegen Linke und Aleviten aufzuhetzen.

Andererseits hat der oberste Staatsanwalt der Republik wegen einer Erklärung vom 2. Oktober 1978 ein Untersuchungsverfahren gegen die Partei der Nationalen Bewegung eingeleitet. In dieser Erklärung verlangt der Parteivorstand die Militärherrschaft und die Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten, um mit "Anarchisten" fertig zu werden. Die Erklärung lautet weiter: "Das Land kann unter der gegenwärtigen Regierung keine Wahlen durchführen. Diese Regierung darf unmöglich an der Macht bleiben. Die Verantwortung sollte dem Militär übergeben werden."

Gemäß Artikel 111, Absatz 2 der türkischen Verfassung kann jede Partei mit gegen das Prinzip der pluralistischen Demokratie verstoßenden Zielen vom Verfassungsgericht verboten werden.

Die Taten und Erklärungen der Partei der Nationalen Bewegung stehen in vollständigem Widerspruch zu diesem Prinzip, und alle demokratischen Kräfte fordern die Verfassungsrichter auf, ihre von der Verfassung vorgeschriebene Aufgabe zu erfüllen: Verbot der Partei der Nationalen Bewegung, der politischen Organisation der Grauen Wölfe.

#### TROTZ KRIEGSRECHT:

#### POLITISCHE VERBRECHEN GEHEN WEITER

Ankara (ITA) - Die Zahl der Opfer politischer Gewalttaten in der Türkei hat Ende letzten Jahres wegen des Massakers in Kahramanmaraş ihren Höhepunkt erreicht. Im letzten Monat fielen insgesamt 240 Personen dem politischen Terror zum Opfer, davon 107 in Kahramanmaraş. Die Zahl der Opfer seit Beginn der Regierung Ecevit stieg auf 978.

Im folgenden bringen wir eine Aufstellung von 113 politischen Mordtaten, ohne diejenigen in Kahramanmaraş:

- 5. Dez.: In Istanbul - eine unbekannte Person
- 7. Dez.: In Adana - der linke Selâhattin Erkan
- 11. Dez.: In Ankara - die linken Hüseyin Polat und Mehmet Çelik, die rechten Hüseyin Gönül und Kemal Demir; in Adana - Halil Erdoğan, İsrail Arıkan und Yusuf Aladı; in Kayseri - Attilâ Kaytancı; in Gaziantep - Muammer Oğuz
- 12. Dez.: In Diyarbakır - der Generalsekretär der Universität Erol Cengiz; in Istanbul - der rechte Günay Akdağ, die linken Niyazi Ekinci und Yusuf Doğan; in Göle (Kars) - der linke Mahir Can; in Elazığ - Frau Sadiye Koç und der linke Student Nurettin Güler
- 13. Dez.: In Istanbul - der linke Student Ali Yılmaz; in Elazığ - Necdet Tuna
- 14. Dez.: In Istanbul - die Studenten Murat Yıldırım, Mustafa Şişman, Mehmet Tepe und das vierjährige Mädchen Nilüfer Gürkan; in Adana - Arif Çelik und Ramzan Kaya; in Viranşehir (Urfa) - der örtliche Vorsitzende der

Republikanischen Volkspartei Ali Güranlıoğlu sowie Hüseyin Pek, Mahmut Kurşun, Sinan Burun

- 15.Dez.: In İstanbul - der Gewerkschaftsvertreter Adem Toygan und ein unbekannter Bettler; in Ankara - der rechte Murat Oguz
- 16.Dez.: In Kars - Ekrem Akbaba; in Ardahan - der sechzehnjährige Ali Baydar; in Artvin - der Vertreter der örtlichen Gerechtigkeitspartei Selim Dede; in İstanbul - Kadir Top
- 17.Dez.: In Adana - der Arbeiter Hasan Işık; in Bingöl Kâzım Artukaslan; in İstanbul - der Student Kemalettin Er und ein anderer neunzehnjähriger Jugendlicher
- 18.Dez.: In Adana - der Direktor einer Genossenschaft Akın Özdemir; in İstanbul - der Student Asaf Tunç; in Karabük - der linke Jugendliche Halil Köprü
- 19.Dez.: In Muş - der Grundschulrektor Ali Algün und der Fahrer Fuat Turgut; in Urfa - der Fahrer Celal Kılıç; in Malatya - der Ortsvereinsvorsitzende der Partei der Nationalen Bewegung Alisan Durmuş; in Diyarbakir - der Grundschullehrer Mehmet Çakmak; in Ankara - der Student Mustafa Ekinci; in Adana - das Mitglied der Arbeiterpartei der Türkei M. Ali Alibeyoğlu, der Ladenbesitzer Turgay Subaşı und ein unbekannter Student
- 20.Dez.: In İstanbul - eine unbekannte Person; der Milchmann Abdullah Can und der Ladenbesitzer Ömer Bakirdöven; in Malatya - der linke Taxifahrer Şahverdi Altıparmak und ein weiterer Fahrer namens Mehmet Bal sowie der Lehrer Mustafa Dinc; in Gaziantep - der Student Mehmet Aybek; in Söke - der Wachmann Gazi Yılmaz
- 21.Dez.: In Gümüşhane - Yaşar Nasuhbeyoğlu; in Diyarbakir - der linke Ibrahim Yoldas; in Ankara - Mehmet Kaplan; in Adana - der Arbeiter Osman Arica; in İstanbul - die Schiffsstewards Mehmet Mamus und Veli Öztür sowie ein unbekannter Jugendlicher; in Kahramanmaraş - die linken Lehrer Hacı Colak und Mehmet Yüzbaşıoğlu
- 22.Dez.: In Adana - der Student Osman Sinan; in Elbistan - der ehemalige Senator der Republikanischen Volkspartei Hilmi Soydan; in Ankara - der Bote Halil Gürbüz und der Kellner Cavit Aydın; in Malatya - der linke Fahrer Bülent Gül
- 23.Dez.: In Kirikkale - Vedat Arıkan; in Kadirli - Vedat Fetullahoğlu; in Adana - der Ladenpächter Bayram Derin
- 24.Dez.: In Suruç - der Notar Samil Yiğitözlü; in İstanbul - der Apotheker Nevin Tiryaki; in Ankara - der linke Drucker Cengizhan Gülağaoğlu; in Gaziantep der rechte Arbeiter Ökkeş Nuri Bozkurt und ein Student
- 25.Dez.: In İstanbul - der Kellner Adil; in Adana - der fünfzehnjährige Şenol Cirit, der sechzehnjährige Ahmet Tanritanır sowie Hasan Koç und Mehmet Fetullahoglu; in Kadirli - der Zahnarzt Vedat Güvenoğlu und der Lehrer Mustafa Mar; in Kayseri - der linke Arbeiter Mehmet Maraşlı; in Diyarbakir - der pensionierte Polizeiwachtmeister Erdal Eren; in Silvan der Wachmann Alaaddin Orak; in Urfa - Emine Güvenç; in Tarsus - die rechten Ali Düzenli und Iskender Özkul
- 26.Dez.: In İstanbul - der vierzigjährige Mehmet Açar, ein Mann namens Mustafa und der Jugendliche Sedat Kurban; in Antakya - der Student Sühan Özveren; in Diyarbakir - der Lehrer Mehmet Sümbül
- 27.Dez.: In Nevşehir - Cengiz Onal; in Tarsus - der Fahrer Tahsin Karpuzoğlu; in Trabzon - der rechte Kemal Küp
- 28.Dez.: In Adana - der stellvertretende Staatsanwalt Süreyya Altıneminsoy; in Trabzon - Mete Vural
- 29.Dez.: In İstanbul - der rechte İlyas Emiroğlu
- 30.Dez.: In İstanbul - das Mitglied der Republikanischen Volkspartei İsmail Hakkı Misoğlu
- 31.Dez.: In Gaziantep - der Arbeiter Memiş Taş
1. Jan.: In Adana - Iskender Özkul; in Bandırma - der Richter Mete Aksoy
3. Jan.: In Kirsehir - der Student Metin Akkoç; in Trabzon - der rechte V. Aslankaya; in Diyarbakir - der rechte Student İsmail Öksüz
4. Jan.: In Erzincan - Ali Horoz
7. Jan.: In Vezirköprü (Samsun) - der linke Ali Keşan
11. Jan.: In Adana - der Lehrer Yavuz Özkaya; in İstanbul - ein unbekannter Jugendlicher
12. Jan.: In Vezirköprü - das Mitglied der Gerechtigkeitspartei Muammer Diri

- 15.Jan.: In Tarsus - Frau Hayriye Targan, die Ehefrau des örtlichen Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei; in Istanbul - eine unbekannte Person; in Trabzon - der rechte Rasid Gündüz
- 16.Jan.: In Istanbul - der rechte Student Murat Şahbaz; in Trabzon - der Student Ahmet Çebi; in Uşak - Frau Hatice Vural und ihr Sohn Cemil
- 17.Jan.: In Istanbul - der linke Turgay Cilanbol, der Student Erdoğan Candal, der Lehrer Kâzım Uçkan und Kerim Çevik; in Ankara - der Arbeiter Hasan Demircioğlu und der fortschrittliche Jugendliche Bahri Gülpinar.

#### ECEVIT HOFFT AUF WESTLICHE HILFE

Ankara (ITA) - Premierminister Ecevit erklärte am 16. Januar 1979, daß für die Türkei eine hoffnungsvolle Phase begonnen habe, da sie dringend notwendige Wirtschaftshilfe von ihren westlichen Verbündeten erhalte.

Ecevit machte diese Erklärung nach einem Türkei-besuch des stellvertretenden US-Außenministers Warren Christopher. Dieser hatte Ecevit über eine Grundsatzvereinbarung der Chefs von vier westlichen Staaten (Bundesrepublik, USA, Großbritannien, Frankreich) über Hilfe für die Türkei informiert.

Die technischen Einzelheiten bezüglich Form und Höhe der Wirtschaftshilfe würden auf einem Treffen in Bonn am 19. Januar ausgearbeitet.

Ecevit führte aus, daß seine Regierung im Jahre 1978 bereits Kredite in Höhe von 650 Mio. Dollar erhalten habe; zusätzlich sei der Türkei eines der umfangreichsten Schuldenstundungsprogramme gewährt worden.

Bei einem chronischen Handelsbilanzdefizit und einer Auslandsschuldensumme von insgesamt 15 Mrd. Dollar, konnte die Türkei mit den OECD-Ländern ein Schuldenstundungsabkommen im Umfang von 1,5 Mrd. Dollar aushandeln. Ein ähnliches Abkommen für die Stundung weiterer 3 Mrd. Dollar soll nun noch mit 227 ausländischen Banken abgeschlossen werden.

Aber alle Gläubiger verlangen von der Türkei, daß sie die vom Internationalen Währungsfond (IWF) aufgestellten Bedingungen für eine wirtschaftliche Gesundung durchführt: Abwertung um etwa 40%, Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Preiserhöhungen bei den staatlichen Unternehmen. Der IWF verlangt dazu auch Lohnstopps und Einschränkung des Konsums in der Türkei.

Es gibt Zeitungsberichte, denen zufolge die Gewährung weiterer Wirtschaftshilfe auch an gewisse türkische Zugeständnisse im Streit mit Griechenland um die Erdölförderrechte in der Ägäis bzw. um Zypern gekoppelt sei. Premierminister Ecevit dementierte dies mit den Worten: "Der politische Wille zur Hilfe für die Türkei entstand bei unseren Verbündeten, weil meine Regierung ihnen die enorme geopolitische Bedeutung der Türkei überzeugend vor Augen gehalten hat."

Diplomatische Beobachter bestätigen, daß besonders wegen der jüngsten Ereignisse im Iran diese geopolitische Bedeutung der Türkei größer denn je geworden sei.

Anderen Berichten zufolge sollen einige wichtige amerikanische Nachrichtendienststellen vom Iran in die Türkei verlegt werden. Nachdem der amerikanische Kongreß im letzten August das Waffenembargo gegen die Türkei aufgehoben hatte, waren bereits vier solcher US-Aufklärungsposten in der Türkei wieder eröffnet worden.

Am 18. Januar 1979 begannen türkisch-amerikanische Verhandlungen mit dem Ziel, einen Pakt über Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen abzuschließen, um den amerikanischen Stützpunkten einen permanenten Status zu geben.

Die Vereinigten Staaten wollen bis spätestens Oktober 1979 erreichen, daß diese amerikanischen Stützpunkte als ständige Einrichtung in der Türkei garantiert werden. Die diplomatischen Beobachter vermuten, daß die westliche Wirtschaftshilfe auch von der türkischen Haltung in dieser Frage abhängen wird.

(C-DN-DG-19/1)

TÜRKISCHE ARBEITER GEGEN KRIEGSRECHT

Ankara (ITA) - Die Verhängung des Kriegsrechts in der Türkei hat zu scharfen Reaktionen von Seiten der Organisationen der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte geführt.

Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) kritisierte die Regierung Ecevit, weil sie nicht in der Lage war, die faschistische Eskalation mit demokratischen Mitteln einzudämmen. In der Erklärung heißt es weiter:

"Die wichtigste Frage lautet zur Zeit, von welchen politischen Kräften das Kriegsrecht durchgeführt wird. Die faschistischen Kräfte hoffen darauf, ihren illegalen Terror jetzt unter dem Mantel des Kriegsrechts zu legalem Terror machen zu können. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Kriegsrechtskommandos der Befehlsgewalt der Regierung unterstehen. Was immer diese Kommandos unternehmen, die Regierung wird dafür verantwortlich zu machen sein. Die Verantwortung für diese Regierung liegt auf den Schultern der Republikanischen Volkspartei und ihres Vorsitzenden Ecevit. So lange, wie die Regierung für die Demokratie und für das Volk arbeitet, wird sie die Unterstützung aller patriotischen, demokratischen, fortschrittlichen und linken Kräfte erhalten."

Die TIP ruft gleichzeitig alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf, die Freiheiten und demokratischen Rechte in der Türkei zu verteidigen, ohne auf Provokationen einzugehen und in irgendwelche Abenteuerien zu verfallen.

Der Verband Revolutionärer Gewerkschaften der Türkei (DISK) kritisierte ebenfalls die Regierung wegen der Verhängung des Kriegsrechts und forderte alle demokratischen Kräfte auf, den Demokratisierungsprozeß zu verteidigen.

Etwa 1 Million Arbeiter legten in der ganzen Türkei für 5 Minuten die Arbeit nieder, um der Opfer des Massakers von Kahramanmaraş zu gedenken.

(C-M-Y-DG-15/1)

HANDEL MIT ARBEITSKRÄFTEN ZWISCHEN TÜRKEI UND BELGIEN

Brüssel (ITA) - Das Kulturzentrum türkischer Arbeiter in Belgien (TIKM) gab am 21. Dezember 1978 auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die Verwaltungen einiger belgischer Kohlengruben einen Handel mit Arbeitskräften zwischen der Türkei und Belgien betreiben, und dies wird von türkischen und belgischen Behörden gebilligt.

Fünf türkische Arbeiter haben jetzt einen Übersetzer im Bergwerk Winterslag, Zeki Agirer, verklagt. Das TIKM behauptet, daß dieser Übersetzer für Handel mit Arbeitskräften im Gebiet um Winterslag verantwortlich sei. Die Arbeiter führten auf der Pressekonferenz dazu aus:

"Nach letzten Statistiken gibt es derzeit etwa 65.000 türkische Arbeiter in Belgien, davon etwa 25.000 im Kohlebergbau.

Die Direktion des Bergwerks Winterslag hat Zeki Agirer als Übersetzer eingestellt. Er war bereits 1967 einmal wegen Handels mit Arbeitskräften verurteilt worden. Neben seiner Aufgabe als Übersetzer betreibt Agirer auch eine große Anzahl von Cafés und Restaurants in dieser Gegend. Dabei beutet er die Religiosität der türkischen Arbeiter schamlos aus, indem er z.B. als Vorsitzender eines türkischen Arbeitervereins Spenden für den Bau einer Moschee ohne Ausgabe von Quittungen eintreibt.

Agirer erhält von jedem türkischen Arbeiter, der im Bergbau arbeiten will, ein Schmiergeld von bis zu 50.000 belgischen Fränk. Sollte ein Arbeiter sich weigern, diese Summe zu zahlen, so vermag der Übersetzer dank seiner guten Zusammenarbeit mit der Ausländerpolizei für ihre Ausweisung aus Belgien zu sorgen. Das türkische Konsulat toleriert diese illegalen Aktivitäten, da Agirer Konsulatsmitglieder häufig in seinen Restaurants gratis bewirtet und sie mit Informationen über die politische Haltung der türkischen Arbeiter und eventuelle Streikabsichten versorgt.

Unser Ziel ist klar: Weil der belgische Staat nie eine sinnvolle Einwanderungspolitik betrieben hat, trifft ihn die Hauptverantwortung. Doch auch die Bergwerksdirektionen sind verantwortlich, da sie solche Übersetzer einstellen. Ihre Einstellung erfolgt nämlich auch, um den Direktionen Informationen über mögliche Streiks und andere politische Aktivitäten der türkischen Arbeiter zuzutragen.

Diese Praktiken werden von den türkischen Behörden toleriert, weil auch sie die Arbeiter mithilfe pseudo-kultureller Organisationen, die von ihren Funktio- nären geleitet werden, unter Kontrolle halten wollen.

Die türkischen Arbeiter in der Umgebung von Limbourg erklären: 'Jetzt ist es genug! Wir sind hierher gekommen, um unsere Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, nicht um unsere Menschenwürde zu verkaufen.'

Es wurden folgende Forderungen gestellt:

- Die Bergwerksdirektionen müssen als Hauptverantwortliche diesen Machenschaften ein Ende bereiten und zukünftig die Wahl der Übersetzer durch die Arbeiter akzeptieren.
- Die belgischen Behörden dürfen nicht länger ihre Augen vor diesen Praktiken verschließen und müssen eine sinnvolle Einwanderungspolitik betreiben.
- Die türkischen Behörden müssen sich entschieden gegen solche Praktiken wenden.

(TIKM-DG-1/1)

Hiermit bestelle(n) ich/wir das INFO-TÜRK BULLETIN für ein Jahr zum Preis von 15,00 DM. Das Abo verlängert sich, wenn es nicht vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

Türkisch	Deutsch	Englisch	Französisch
0	0	0	0
Name : .....		Adresse : .....	
.....		.....	
.....		.....	

Erhältlich über die  
INFO-TÜRK AGENTUR :

- MASSAKER IN ANKARA - WARUM ?  
" Bericht und Hintergrund "  
Eine illustrierte Broschüre über politische Gewalt der Türkei, 48 Seiten.
- TURKEY AND THE WORLD  
Rede von Behice Boran, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei der Türkei. ( Nur in Englisch erhältlich )

Hiermit bestelle(n) ich/wir die Broschüre :

.....	Exemplar(e)	MASSAKER IN ANKARA - WARUM ? Bericht und Hintergrund.
Englisch	Französisch	Deutsch
0	0	0
.....	Exemplar(e)	TURKEY AND THE WORLD TODAY